

Die Verbindung fehlt



Strom. Der Energiesektor in Deutschland hat die gesteckten Klimaziele 2023 deutlich übertroffen. Dennoch sind die Treibhausgasemissionen je erzeugte Kilowattstunde Strom hierzulande immer noch höher als in vielen anderen europäischen Ländern. Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss also weitergehen, zudem gilt es, das Stromnetz in der Bundesrepublik zügig auszubauen. Dann wäre es auch spürbar günstiger, Netzengpässe auszugleichen. Ein weiterer Baustein für eine erfolgreiche Energiewende besteht darin, mehr Photovoltaikanlagen auf Wohngebäuden zu installieren. —> [Seiten 2-7](#)

China

Für viele deutsche Unternehmen ist der Druck durch chinesische Konkurrenten ein Problem. Sie befürworten daher ein härteres Vorgehen der Politik gegen China.

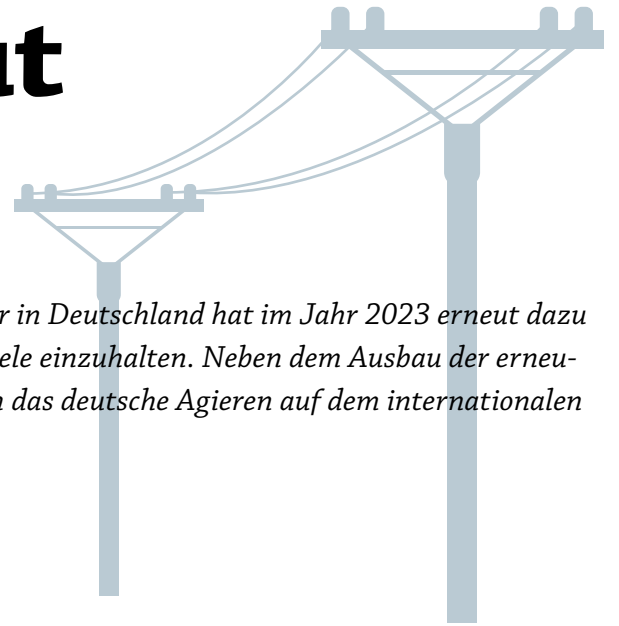
—> [Seiten 10-12](#)

Automobilindustrie

Im Interview erläutert Arndt G. Kirchhoff, wie seine Unternehmensgruppe den Umbau zur Klimaneutralität gestaltet und wie er zum Thema Strafzölle steht.

—> [Seiten 13-15](#)

Grenzenlos gut



Strommarkt. Der Energiesektor in Deutschland hat im Jahr 2023 erneut dazu beigetragen, die hiesigen Klimaziele einzuhalten. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien hilft dabei auch das deutsche Agieren auf dem internationalen Strommarkt.

Im Verkehr stockt es und auch die Gebäudesparte hinkt hinterher – 2023 verpassten beide Sektoren in Deutschland erneut die angestrebten Klimaziele. Auf der anderen Seite gibt es jedoch einen Musterschüler:

Der Energiesektor hat 2023 die gesteckten deutschen Klimaziele deutlich übertroffen. Insgesamt sanken die Emissionen gegenüber dem Vorjahr um 51,8 Millionen CO₂-Äquivalente.

Hauptgrund für diese positive Entwicklung ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Denn die einfache Rechnung lautet: je größer der Anteil der regenerativen Energieträger am Strommix, desto besser die Bilanz. So sank der CO₂-Abdruck einer Kilowattstunde Strom in Deutschland von 2000 bis 2022 um ein Drittel.

Trotzdem liegt vor Deutschland noch viel Arbeit: Der deutsche Wert

von 381 Gramm CO₂-Äquivalent pro Kilowattstunde (g/kWh) Strom ist nach wie vor deutlich höher als der der meisten europäischen Nachbarländer (Grafik Seite 3).

Den höchsten CO₂-Abdruck in der Europäischen Union hat Polens Strom mit 662 g/kWh. In Schweden liegt der Wert dagegen lediglich bei 41 g/kWh.

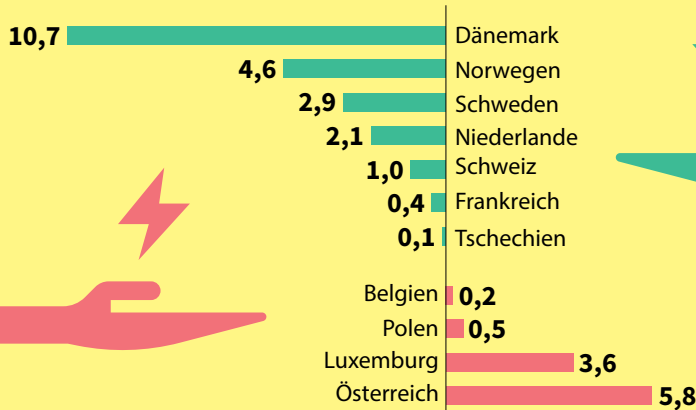
Deutschland und Polen haben dasselbe Problem: Der Kohleanteil an der Stromerzeugung ist im Vergleich zu anderen Ländern weiter hoch. Bei unseren östlichen Nachbarn lag der Anteil im vergangenen Jahr bei knapp zwei Dritteln, die Bundesrepublik produzierte immerhin noch fast ein Viertel des Stroms aus Kohle.

Der Strommix in den Nachbarländern Deutschlands wirkt sich durch den Stromimport in den meisten Fällen positiv auf die deutsche Bilanz aus. Insgesamt importierte die Bundesrepublik im vergangenen Jahr 63,7 Terawattstunden aus anderen Ländern. Der durchschnittliche CO₂-Abdruck für diesen Strom lag bei 162,9 g/kWh. Aus Deutschland wurden 52 Terawattstunden an das Ausland weitergeleitet. Betrachtet man nur die Länder, die mehr

Stromhandel: Die Partner Deutschlands

So viele Terawattstunden Strom importierte bzw. exportierte Deutschland netto im Jahr 2023 aus diesen und in diese Länder

■ Nettoimporte ■ Nettoexporte



Quellen: Fraunhofer ISE, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Strom an Deutschland abgaben, als sie selbst von hier bezogen haben, verbessert sich die Bilanz weiter:

Der deutsche Netto-Stromimport hatte im Jahr 2023 einen CO₂- Abdruck von 117 g/kWh. Die Menge von 11,7 Terawattstunden entsprach etwa 2,3 Prozent des deutschen Strombedarfs.

Dass die Bundesrepublik erstmals seit mehr als 20 Jahren mehr Strom ein- als ausgeführt hat, hat auch mit dem Vormarsch der erneuerbaren Energien zu tun. Strom wird wie andere Produkte auch über Landesgrenzen hinaus gehandelt und mit einem Börsenpreis versehen. Ein höherer Anteil erneuerbarer Energie drückt den Preis im jeweiligen Land an wind- oder sonnenreichen Tagen besonders stark. Das ist vor allem in Skandinavien häufig der Fall. Für Deutschland ist dabei die jeweilige Preiszone – die meisten Länder in Nordeuropa haben mehrere – entscheidend.

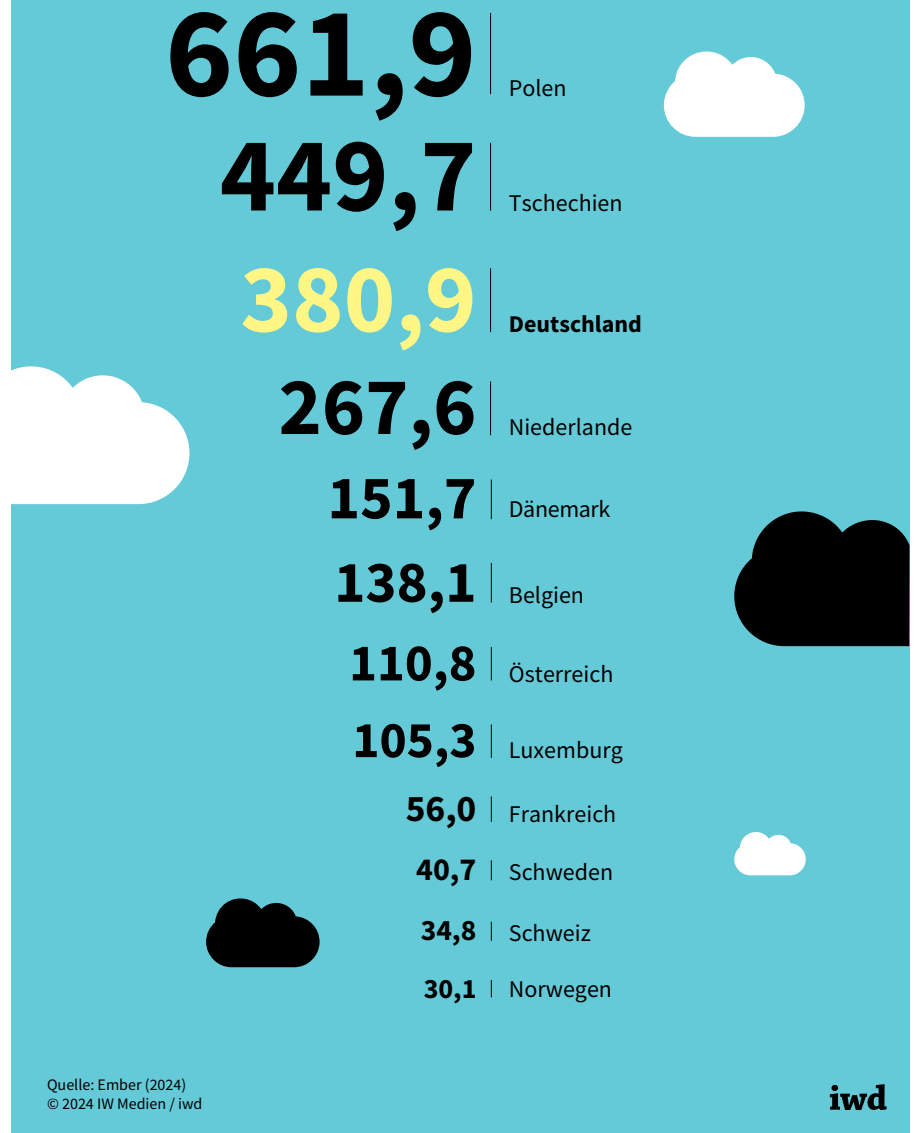
In Dänemark lag der durchschnittliche Börsenstrompreis im vergangenen Jahr 9 Prozent unter dem deutschen. In Norwegen waren es 17 Prozent und in Schweden sogar 32 Prozent. Die drei Länder haben einen Erneuerbare-Energien-Anteil zwischen 65 und 99 Prozent. Das hat die Bundesrepublik genutzt (Grafik Seite 2):

Deutschland hat im Jahr 2023 netto 18,2 Terawattstunden Strom aus Dänemark, Norwegen und Schweden importiert.

Damit gingen 83 Prozent der Nettoimporte auf das Konto dieser drei Länder. Zwischen Norwegen und der Bundesrepublik fließt der Strom seit 2021 durch ein Seekabel, an Schweden war Deutschland zuvor schon auf demselben Weg angeschlossen. Ab 2028 soll es zudem eine direkte Verbindung per Seekabel nach Großbritannien geben, was den Strommarkt zusätzlich erweitert.

Sauberer Strom, dreckiger Strom

So viel Gramm CO₂-Äquivalent verursachte die Produktion einer Kilowattstunde Strom in diesen Ländern im Jahr 2023



Dass Deutschland in Zukunft Stromimporteur bleibt, ist durchaus wahrscheinlich. Schließlich helfen die Importe, die Versorgung hierzulande günstiger, effizienter und klimafreundlicher zu gestalten. Der gemeinsame europäische Strommarkt sorgt dafür, dass Strom vornehmlich dort erzeugt wird, wo er am günstigsten ist.

Festzuhalten bleibt aber auch: Der grenzüberschreitende Handel

kann die Stromerzeugung in Deutschland nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energie sowie von Netzen und Speichern im Inland bleibt damit oberstes Ziel.

IW-Kurzbericht 30/2024
Andreas Fischer: Europäischer Stromhandel: Gut für Klima und Portemonnaie
iwkoeln.de/stromhandel

Das lückenhafte Netz

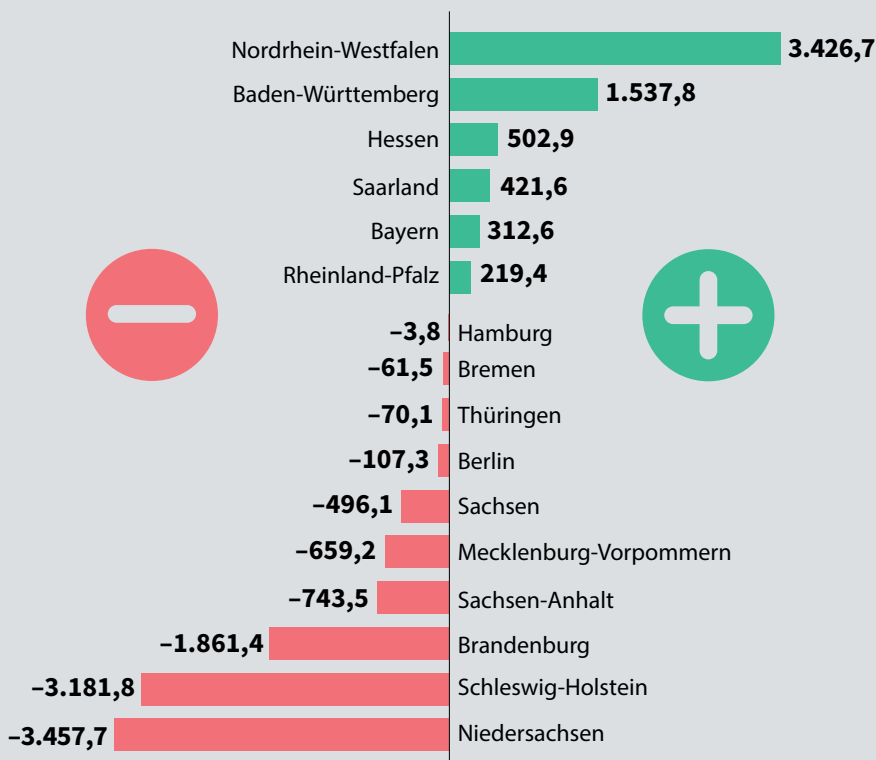


Stromversorgung. Wenn das Stromnetz an seine Kapazitätsgrenzen stößt, sind gezielte Eingriffe in den Kraftwerksbetrieb nötig, um es zu stabilisieren. Das Netzengpassmanagement sorgt dabei für wichtige Entlastungen im Netz, jedoch auch für zunehmende Kosten und CO₂-Emissionen. Abhilfe bringt dabei vor allem eins: das Stromnetz schnellstmöglich auszubauen.

Stromerzeugung: Wer hochfährt, wer abschaltet

So viele Gigawattstunden Strom mussten die Bundesländer per saldo im Jahr 2023 zusätzlich produzieren (+) oder abregeln (-); ohne Stromhandel

Um eine sichere und zuverlässige Stromversorgung zu gewährleisten, werden Netzengpassmaßnahmen benötigt. Die Stromerzeugung der Markt- und Reservekraftwerke kann dabei je nach Bedarf hochgefahren oder abgeregelt werden.



Um eine kontinuierliche Stromversorgung in ganz Deutschland zu gewährleisten, ist eine enge Absprache aller Stromnetzbetreiber notwendig. Denn der erzeugte Strom kann nur dann zum Verbrauchsort gelangen, wenn die Stromtrassen die dafür erforderliche Leitungskapazität bereitstellen können. Das Monitoring des Netzes ist dabei Aufgabe der deutschen Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber. Diese prognostizieren das Auftreten von Netzengpässen mithilfe von Last- und Wetterprognosen sowie der für den Folgetag geplanten Stromerzeugung des Kraftwerksparks: Ist ein Engpass absehbar, wird im Netzgebiet mit hoher Stromeinspeisung eine Abregelung und im Netzgebiet mit hoher Nachfrage eine Erhöhung der Stromerzeugung angewiesen.

Solche Netzengpassmaßnahmen werden auch als „Redispatch“ bezeichnet. Dabei nutzt man neben erneuerbaren Energieträgern sowohl Kraftwerke an der Strombörse („Marktkraftwerke“) als auch Kraftwerke, welche als Reserve außerhalb des Strommarkts gehalten werden („Netzreserve“). Die zunehmenden Herausforderungen im Stromnetz durch den Ausbau der erneuerbaren

Energien zeigen sich dabei auch darin, dass in den vergangenen Jahren immer mehr engpassbedingte Eingriffe in den Kraftwerksbetrieb notwendig wurden (Grafik):

Das Redispatchvolumen lag im Jahr 2018 bei 21,2 Terawattstunden und ist bis 2023 auf insgesamt 34,3 Terawattstunden stark angewachsen.

Das wirkt sich auch auf die Emissionen aus. Im Jahr 2023 wurden mit 9,5 Megatonnen (Mt) CO₂ rund 1,5 Mt mehr Kohlenstoffdioxid ausgestoßen als im Vorjahr. Gleichzeitig sind mit 4,8 Mt rund 1,5 Mt weniger CO₂ durch das Abregeln vermieden worden als im Vorjahr. Der Saldo für 2023 gleicht mit 4,7 Mt in etwa dem jährlichen Kohlenstoffdioxid ausstoß einer Stadt mit rund 455.000 Einwohnern. Das liegt auch daran, dass gegenüber 2022 mehr Windkraft (auf Land und auf See) abgeregelt wurde und im Gegenzug vor allem Steinkohle- und Erdgaskraftwerke im Einsatz geblieben sind. Die Kosten für den Redispatch haben sich dabei innerhalb von fünf Jahren auf rund 3,1 Milliarden Euro verdoppelt – zulasten der Verbraucher, an welche diese Kosten über die Netzentgelte weitergeleitet werden.

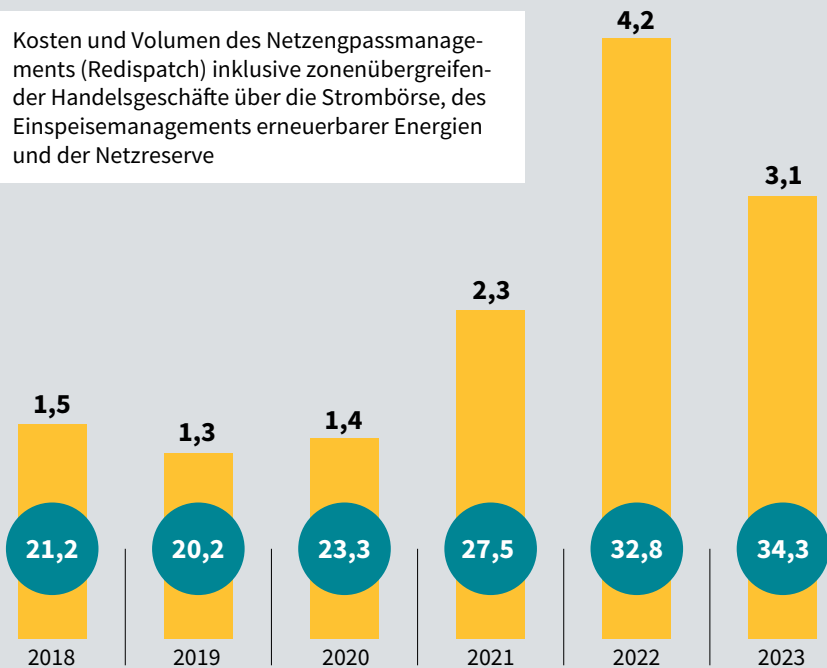
Aus Sicht des Klimaschutzes ist beim Redispatch besonders bedenklich, dass ein Großteil des abgeregelt Stroma aus erneuerbaren Energien stammt. Ein Blick auf die Redispatchmaßnahmen nach Bundesland verdeutlicht dabei eine der Herausforderungen Deutschlands im Bezug zur eigenen Stromversorgung: Denn auch wenn im Norden Deutschlands große Mengen an Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, können diese bislang nicht immer in den Süden weitergeleitet werden – stattdessen muss der dort installierte fossile Kraftwerkspark zusätzlichen Strom liefern (Grafik Seite 4):

Strommarkt: Was Ausgleichsmaßnahmen kosten

in Deutschland

■ Kosten in Milliarden Euro ■ Volumen in Terawattstunden

Kosten und Volumen des Netzengpassmanagements (Redispatch) inklusive zonenübergreifender Handelsgeschäfte über die Strombörse, des Einspeisemanagements erneuerbarer Energien und der Netzreserve



Quelle: Bundesnetzagentur
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

In Niedersachsen standen im Jahr 2023 einer abgeregelt Stromerzeugung von 4,4 Terawattstunden rund 0,9 Terawattstunden zusätzlich produzierter Strom gegenüber.

In Nordrhein-Westfalen zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Unterm Strich lag der Redispatchbedarf 2023 um 3,4 Terawattstunden über der produzierten Strommenge. Dabei wurden in NRW ebenso wie in Baden-Württemberg und Bayern hauptsächlich Kohle- und Erdgaskraftwerke eingesetzt, um potenzielle Netzengpässe zu verhindern.

Derzeit verstärkt der schleppende Netzausbau den Bedarf nach Redispatchmaßnahmen, da er hinter der Geschwindigkeit neu installierter Kraftwerksleistung und der regionalen Entwicklung der Stromnachfrage zurückbleibt. Dabei hat der Netzaus-

bau den stärksten Hebel, um die Netzengpassmaßnahmen auf ein Minimum zu begrenzen. Der Bau oberirdischer Freileitungen gegenüber Erdkabeln könnte hier auch kurzfristig die Netzausbaugeschwindigkeit erhöhen. Doch selbst der extensivste Netzausbau in Deutschland wird nicht ausreichen, auch der Netzbetrieb muss weiter optimiert werden.

Perspektivisch ist dabei auch die Nutzung von Batteriespeichern zur Stärkung des Netzes („Grid Booster“) sinnvoll. Doch es gibt noch eine Reihe weiterer Maßnahmen, um die Zahl der Netzeingriffe zu reduzieren. So sollten neue Erzeugungskapazitäten und Speicher dort installiert werden, wo die Stromnachfrage am höchsten ist – und die Politik sollte bestehende Investitionshemmnisse abbauen.

Die Chance auf dem Dach

Solarstrom. Für eine erfolgreiche Energiewende muss der Ausbau von Photovoltaik in Deutschland schneller vorankommen. Vor allem die Dächer von Mehrfamilienhäusern bieten sich als Fläche dafür an, es braucht allerdings einige Reformen.

Deutschland hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Das kann nur mit einer erfolgreichen Energiewende gelingen. Essenziell dafür ist der zügige Ausbau von Photovoltaik (PV).

Im Jahr 2023 wurden in der Bundesrepublik rund 61 Terawatt-

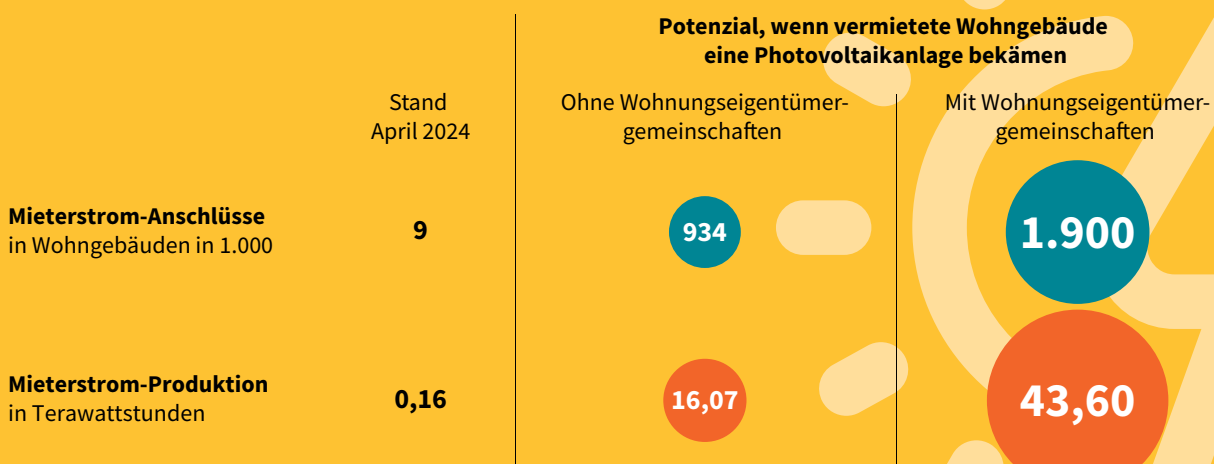
stunden Solarstrom produziert, das entsprach gut 12 Prozent des gesamten deutschen Stromverbrauchs. Die installierte Leistung von Photovoltaikanlagen wuchs im vergangenen Jahr um rund 21 Prozent, in den Jahren zuvor waren es stets nur zwischen 8 und 12 Prozent. Einer der Gründe für den Rekordausbau ist die in den meisten Bundesländern

geltende Solardachpflicht für neu gebaute Nichtwohngebäude. In Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg gibt es sie bereits ebenfalls für neue Wohngebäude – schließlich soll laut Koalitionsvertrag bundesweit jede geeignete Dachfläche für Solarenergie genutzt werden.

Das größte Solarstrompotenzial liegt aber nicht im Neubau, sondern

Mieterstrom: Großes ungenutztes Potenzial

In Deutschland



Mieterstrom: Strom, der meist mit Photovoltaikanlagen auf dem Dach des betreffenden Wohngebäudes erzeugt, direkt vom Vermieter bezogen und nicht über die öffentlichen Netze geleitet wird
Wohngebäude: mit drei oder mehr Wohnungen; Wohnungseigentümergeinschaft: Immobilie gehört mehreren Eigentümern

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

im Bestand, wie eine IW-Berechnung zeigt (Grafik):

Wenn in Deutschland alle geeigneten Gebäude mit drei oder mehr Mietwohnungen eine PV-Anlage bekämen, könnten pro Jahr bis zu 43,6 Terawattstunden zusätzlicher Strom produziert werden – das ist fast ein Drittel des gesamten Stromverbrauchs der deutschen Haushalte im Jahr 2022.

Von den insgesamt 19 Millionen in Mehrfamilienhäusern lebenden Mietern hierzulande könnten auf diese Weise bis zu 14,3 Millionen Menschen von dem sogenannten Mieterstrom profitieren – also von Strom, der in unmittelbarer räumlicher Nähe produziert, direkt vom Vermieter bezogen und nicht über die öffentlichen Netze geleitet wird.

So weit die Theorie. In der Praxis kommt der Solarausbau auf Dächern von Mehrfamilienhäusern allerdings kaum voran. Das hat mehrere Gründe:

Technik. Der über die hauseigene PV-Anlage bezogene Mieterstrom muss für die Abrechnung vom gegebenenfalls zusätzlich benötigten Strom der Netzbetreiber verbrauchsbezogen abgegrenzt werden. Dafür braucht es in den Wohngebäuden Smart Meter. Das sind digitale Stromzähler, die den Verbrauch ermitteln und die Daten direkt an die Stromversorger und Netzbetreiber weitergeben können.

Im Jahr 2021 wurden allerdings von insgesamt mehr als 50 Millionen Messstellen für Strom nur rund

160.000 mit intelligenten Messsystemen betrieben. Ein wichtiger Schritt ist deshalb die in der neuen Heizkostenverordnung festgeschriebene Pflicht, bis zum Ende des Jahres 2026 alle Zähler auf fernablesbare und mit Smart Metern kompatible Messtechnik umzustellen.

Den Strom für Mehrfamilienhäuser über eine Photovoltaikanlage auf dem Dach zu gewinnen, bietet sowohl für Eigentümer als auch für Mieter Vorteile.

Richtlinien. Bislang gibt es weder hinsichtlich der Zählermethode und der Stromabrechnung noch der An- und Abmeldung bei den mehr als 900 verschiedenen Netzbetreibern einheitliche Richtlinien. Um bürokratische Hürden so klein wie möglich zu halten, sollten die Prozesse zwischen Mieterstromanbietern und -abnehmern sowie den Netz- und

Messstellenbetreibern bundesweit standardisiert werden.

Mieterrechte. Wichtig ist, dass es sich für Eigentümer lohnt, eine PV-Anlage zu installieren. Sie müssen sicher sein, den Strom direkt an ihre Mieter weitergeben zu können – denn dann ist die Rendite deutlich größer, als wenn sie den Strom ins öffentliche Netz einspeisen müssen. Aktuell müssen die Mieter dem ausdrücklich zustimmen. Für die Vermieter ist das ein finanzielles Risiko. Sollten sich viele Mieter gegen den Hausstrom entscheiden – zum Beispiel, weil sie sich nicht mit dem Thema befassen möchten und aus Bequemlichkeit bei ihrem externen Anbieter bleiben –, rechnet sich die Investition für den Vermieter zeitlich erst deutlich später.

Um dieses Risiko zu senken, sollte es Standard werden, dass alle Hausbewohner automatisch den Mieterstrom beziehen, sofern sie dem nicht ausdrücklich widersprechen. Denn unterm Strich profitieren auch sie von dem Modell, weil sie so Geld sparen:

Der Mieterstrom darf maximal 90 Prozent des Marktpreises kosten, den externe Netzbetreiber verlangen.

In der Praxis ist der Strom vom hauseigenen Dach sogar oft noch günstiger – teils bis zu 30 Prozent.

IW-Kurzbericht 41/2024

Christopher Breddermann, Ralph Henger: Großes ungenutztes Potenzial beim Mieterstrom
iwkoeln.de/mieterstrom

Kampf der Systeme

Welthandel. China und Russland stärken seit Jahren ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Ländern des Globalen Südens – auch aus geopolitischen Gründen. Für Deutschland und Europa ist es daher dringend an der Zeit, die eigene Außenwirtschaftspolitik anzupassen.

Die Grenzen zwischen Geopolitik und Wirtschaft verschwimmen zunehmend. China versucht, seinen Einfluss in der Welt durch strategische Partnerschaften mit anderen Ländern zu erhöhen, und auch Russland verfolgt diese Taktik. Sie zielt im Speziellen auf die Länder des Globalen Südens ab – damit sind Schwellen- und Entwicklungsländer auf der Südhalbkugel gemeint.

Deutschland und die EU müssen auf diese Strategie reagieren, wenn sie nicht ins Hintertreffen geraten wollen. Interessant sind für Europa vor allem die Länder des Globalen

Südens, die sich weder dem Westen noch China und Russland als Verbündete zuordnen lassen. Die Handelsdaten mit diesen 25 Staaten zeigen allerdings die Versäumnisse des Westens in letzter Zeit (Grafik):

Bis zum Jahr 2018 dominierten die USA und die EU den Handel mit den neutralen Staaten des Globalen Südens. Seit 2020 nimmt China diese Rolle ein.

China exportierte zuletzt vor allem mehr Mikrochips, Fahrzeuge und Stahl in den Globalen Süden. Zugleich erhöhte die Volksrepublik den Import verschiedener Rohstoffe

von dort. Das passt auch zu Chinas Ziel, mehr Wertschöpfungsketten ins Inland zu verlagern.

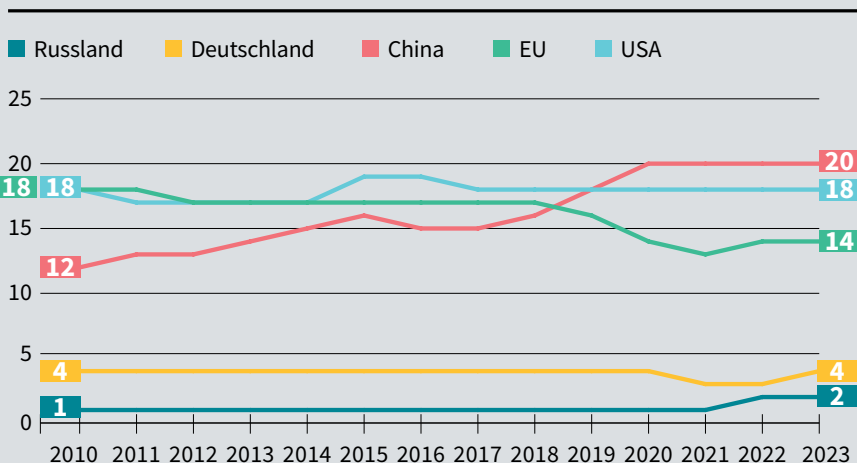
Deutschland verbucht währenddessen rückläufige Exporte – etwa bei chemischen Erzeugnissen – oder kann bei den Absatzsteigerungen nicht mit China mithalten. So exportierte China 2023 rund 130 Prozent mehr E-Autos in den Globalen Süden als im Vorjahr, Deutschland erreichte nur ein Plus von 82 Prozent.

Zwar entscheidet in Deutschland im Gegensatz zu China die Privatwirtschaft, wo sie im Ausland investiert. Allerdings sollte der Staat seine Außenwirtschaftspolitik ändern und den Rahmen für Handelsbeziehungen mit dem Globalen Süden verbessern. Es gilt, zeitnah Handelsabkommen zu schließen beziehungsweise dafür zu sorgen, dass dies auf EU-Ebene geschieht. Außerdem darf die Entwicklungshilfe nicht vernachlässigt werden, um auch auf diesem Weg im engen Kontakt mit den neutralen Ländern zu bleiben.

So kann die Wirtschaft Lieferketten und Rohstoffbezüge diversifizieren und der Staat erhält mehr politischen Einfluss in den Ländern der Südhalbkugel.

Handel mit dem Globalen Süden: China auf der Überholspur

So viel Prozent ihres gesamten Außenhandels wickelten die Staaten des Globalen Südens mit diesen Ländern ab



Globaler Süden: insgesamt 25 strategisch wichtige Länder wie Brasilien, Indien und Mexiko, die je nach eigener Interessenlage politisch eher zum Westen oder zu China/Russland tendieren, also nicht eindeutig zugeordnet werden können

Quellen: UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 25/2024

Simon Gerards Iglesias: Handel mit Globalem Süden: Deutschland stagniert, China und Russland expandieren
iwkoeln.de/auslandsergloabaler-sueden

Bewusster Verzicht

Inflationsausgleichsprämie. Bis Ende Dezember dieses Jahres können Arbeitgeber ihren Beschäftigten noch die steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie zukommen lassen. Rein rechnerisch verzichtet der Staat dabei auf Einnahmen von schätzungsweise 25 Milliarden Euro.

Maximal 3.000 Euro beträgt die Inflationsausgleichsprämie, die Unternehmen ihren Angestellten noch bis zum Jahresende freiwillig gewähren können. Die Prämie ist Teil der Entlastungspakete, mit denen die Bundesregierung auf die im Jahr 2022 rasant gestiegenen Energiepreise und die daraufhin allgemein erhöhte Inflation reagiert hat. Um die Attraktivität zu erhöhen, hat der Staat die Sonderzahlung steuer- und sozialabgabenfrei gestellt.

Rechnerisch verzichtet der Staat dadurch bis Ende 2024 auf ungefähr 25 Milliarden Euro. 13 Milliarden Euro entfallen auf entgangene Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Beschäf-

tigten, 12 Milliarden Euro auf nicht erhobene Lohnsteuer.

Immerhin knapp 20 Millionen Beschäftigte dürften die Inflationsausgleichsprämie nach IW-Schätzungen bis Ende 2024 erhalten – das wären rund 53 Prozent aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Von den Tarifbeschäftigten haben fast 80 Prozent die Prämie bekommen – von den Nicht-Tarifbeschäftigten nur 35 Prozent. Insgesamt kommen Mitarbeiter höherer Gehaltsklassen häufiger in den Genuss der Sonderzahlung als Geringverdiener (Grafik):

Von den Beschäftigten mit einem Bruttomonatsverdienst unter 1.000 Euro erhalten nur 25 Prozent

die Inflationsausgleichsprämie – bei jenen mit einem Monatsgehalt von 4.000 bis 6.000 Euro sind es mehr als 60 Prozent.

Über alle Gehaltsklassen hinweg beträgt die ausgezahlte Prämie im Schnitt rund 2.150 Euro. Im Verhältnis zum Jahresbrutto profitieren die Geringverdiener am stärksten:

In der untersten Gehaltsklasse macht die Inflationsausgleichsprämie durchschnittlich etwa 13 Prozent des Bruttोजahreslohns aus – im Mittel aller Beschäftigten beträgt der Anteil 5 Prozent.

Neben der unmittelbaren Entlastung für die Beschäftigten verfolgte die Politik mit der Einführung der Prämie auch das Ziel, eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern. Schließlich stützt eine solche Einmalzahlung den Konsum, ohne die Kosten der Unternehmen dauerhaft zu steigern, wie es bei einer Tariflohnerhöhung der Fall wäre. Und vieles spricht dafür, dass die Prämie tatsächlich geholfen hat, die Konfliktintensität in den jüngsten Tarifverhandlungen abzuschwächen. Die Frage ist allerdings, ob die Tarifpartner auch nach Auslaufen der staatlichen Unterstützungsmaßnahme durch maßvolle Lohnabschlüsse zur Stabilisierung der Preise beitragen.

Inflationsausgleichsprämie: Entlastung für Beschäftigte

So viel Prozent der Beschäftigten mit diesem Bruttomonatslohn haben die Prämie seit Oktober 2022 erhalten oder bekommen sie noch bis zum Ende dieses Jahres

■ Prämie in Prozent des Jahresbruttoloehns

Unter 1.000 Euro	24,6	13,3
1.000 bis 2.000 Euro	33,0	8,1
2.000 bis 3.000 Euro	44,0	6,6
3.000 bis 4.000 Euro	58,1	5,3
4.000 bis 5.000 Euro	62,8	4,1
5.000 bis 6.000 Euro	62,5	3,5
6.000 bis 7.000 Euro	57,5	2,9
Über 7.000 Euro	54,9	2,1
Insgesamt	52,6	5,0

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 35/2024

Martin Beznoska, Tobias Hentze: Inflationsausgleichsprämie – Ohne Tarifvertrag weniger Verbreitung
iwkoeln.de/inflationsausgleichspraemie

Unfair Play

China. Der Konkurrenzdruck durch chinesische Firmen macht vielen deutschen Unternehmen auf ihren Absatzmärkten das Leben schwer. Weil die Unternehmen davon überzeugt sind, dass Subventionen durch den chinesischen Staat den Wettbewerb verzerren, befürworten sie ein härteres Vorgehen der deutschen und europäischen Politik.

Die Regierung in Peking versucht mit verschiedenen politischen Initiativen seit Längerem, den chinesischen Unternehmen zu einer führenden Position auf strategisch wichtigen Märkten zu verhelfen. Das gilt nicht zuletzt für Industriesektoren, in denen deutsche Unternehmen bislang stark oder sogar führend sind – wie etwa den Fahrzeug- oder Maschinenbau.

Problematisch ist, dass China auf seinem Weg massiv industriepolitische Subventionen nutzt. Diese

Wettbewerbsverzerrung hat vor Kurzem die EU dazu veranlasst, vorläufige Ausgleichszölle auf Elektroautos anzukündigen.

Um die Effekte der immer schärferen Konkurrenz Chinas auf die deutsche Wirtschaft näher zu beleuchten, hat das IW die Unternehmen selbst befragt. Die Ergebnisse sind unmissverständlich:

Der Konkurrenzdruck wächst.

Von allen befragten rund 900 Unternehmen aus den Bereichen Industrie und industrienaher Dienstleistungen

sagt rund jedes vierte, es habe auf seinen Absatzmärkten mit Wettbewerbern aus China zu tun. Und das stellt viele dieser Firmen vor erhebliche Probleme (Grafik):

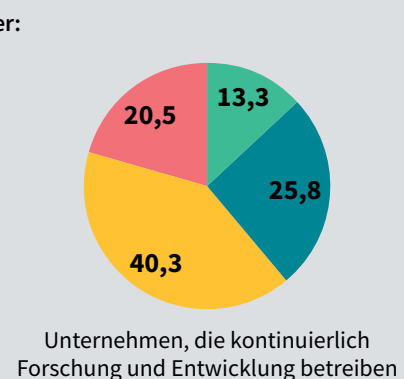
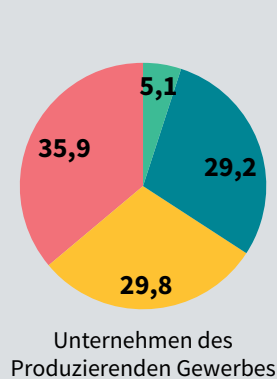
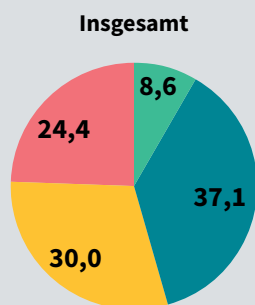
Gut neun von zehn Unternehmen mit Wettbewerbern aus China sehen sich durch deren Konkurrenzdruck zumindest vor geringe Herausforderungen gestellt, rund ein Viertel der Firmen spricht sogar von großen Herausforderungen.

Fast zwei Drittel der Unternehmen erwarten zudem, dass der Druck

Chinesische Konkurrenz macht Druck

So viel Prozent der deutschen Unternehmen, die auf ihren Absatzmärkten Wettbewerber aus China haben, sagen, der Konkurrenzdruck durch diese Firmen sei ...

■ ... keine Herausforderung ■ ... eine geringe Herausforderung ■ ... eine eher große Herausforderung ■ ... eine große Herausforderung



Befragung von 356 Unternehmen aus der Industrie und industrienahen Dienstleistungsbranchen im März/April 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Konkurrenzdruck aus China hat gravierende Folgen

So viel Prozent der deutschen Unternehmen, die auf ihren Absatzmärkten Wettbewerber aus China haben, nennen diese Folgen des Konkurrenzdrucks

	Darunter:			
	Insgesamt	Unternehmen, die den Konkurrenzdruck als große Herausforderung sehen	Unternehmen des Produzierenden Gewerbes	Unternehmen, die kontinuierlich Forschung und Entwicklung betreiben
Marktanteilsverluste	63,8	94,1	74,1	60,2
Gewinneinbußen	74,5	98,9	83,0	67,5
Prozessverbesserungen, um Produktionskosten zu reduzieren	63,9	52,8	78,2	78,4
Vermehrte Investitionen in Forschung und Entwicklung	49,0	53,0	55,1	65,4
Produktionskürzungen in Deutschland	35,4	46,3	53,6	32,5
Entlassungen in Deutschland	29,4	67,6	49,7	19,2
Verlagerung an kostengünstigere Standorte im Ausland	27,3	48,9	31,8	31,7

Befragung von 349 Unternehmen aus der Industrie und industrienahen Dienstleistungsbranchen im März/April 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

durch die chinesischen Konkurrenten in den kommenden fünf Jahren weiter steigt.

China unterbietet Preise. Gut 78 Prozent der befragten Unternehmen mit Wettbewerbern aus China geben an, Letztere würden vergleichbare Produkte günstiger anbieten als sie selbst. Und:

Fast vier von zehn Befragten sagen, die chinesischen Konkurrenten würden ihre Preise um mehr als 30 Prozent unterbieten.

Den Befragten zufolge ergeben sich diese Preisvorteile nicht allein aus der unternehmerischen Stärke der chinesischen Unternehmen. Zwar sind gut 45 Prozent der deutschen Firmen mit Wettbewerbern aus China der Auffassung, die Konkurrenten seien ähnlich innovativ wie sie selbst, weitere 19 Prozent gestehen den Rivalen sogar einen

Innovationsvorsprung zu. Zugleich halten aber fast 60 Prozent den Wettbewerb für verzerrt, weil die chinesischen Konkurrenten subventioniert würden.

Unternehmen ziehen Konsequenzen. Der Konkurrenzdruck aus China hat für die meisten der befragten deutschen Unternehmen spürbare Folgen (Grafik):

So berichten 64 Prozent der Firmen mit Wettbewerbern aus China von Marktanteilsverlusten, 75 Prozent verbuchen niedrigere Gewinne.

Viele Unternehmen stemmen sich aktiv gegen diesen Abwärtstrend. So verbessern fast zwei Drittel ihre Prozesse, um Kosten zu sparen, knapp jede zweite Firma steigert ihre Forschungsinvestitionen.

Ein geringerer, gleichwohl erheblicher Teil der Unternehmen

erwehrt sich der Konkurrenz aus China allerdings (auch) mit defensiven Maßnahmen:

Gut 35 Prozent der Unternehmen, die im Wettbewerb mit Firmen aus China stehen, kürzen ihre Produktion in Deutschland. Gut 27 Prozent verlagern ihre Produktion oder Teile davon ins Ausland und 29 Prozent entlassen hierzulande Mitarbeiter.

All dies schadet dem Standort Deutschland. Allein die Arbeitsmarktwirkungen könnten erheblich sein. So stellten jene Industriefirmen, die mit Entlassungen auf den Konkurrenzdruck aus China reagieren, zuletzt gut 1,7 Millionen Arbeitsplätze. Davon steht zumindest ein Teil auf dem Spiel.

Fortsetzung

Firmen befürworten Druck auf China. Die Bundesregierung hat sich zu möglichen Ausgleichszöllen gegen China kritisch geäußert. Sie fürchtet, dass deutsche Firmen mit einer hohen China-Abhängigkeit bei einer Eskalation des Handelskonflikts die Leidtragenden sind. Das Gros der vom IW befragten Unternehmen ist allerdings anderer Meinung:

Sofern China tatsächlich auf unlaute Weise E-Autos subventioniert, sind europäische Strafzölle nach Meinung von mehr als 57 Prozent der deutschen Firmen uneingeschränkt gerechtfertigt.

Weitere knapp 24 Prozent halten die Zölle für teilweise angebracht.

Auch was einen möglichen Missbrauch westlicher Technologie – die beispielsweise durch Investitionen deutscher Firmen nach China gelangt – für militärische Zwecke angeht, spricht sich die Mehrheit der deutschen Unternehmen für einen harten Kurs der Politik aus (Grafik):

Falls China westliche Technologien einsetzen könnte, um sein

Militär zu ertüchtigen, plädieren gut sechs von zehn deutschen Unternehmen dafür, den Transfer solcher Technologien zu unterbinden – selbst, wenn dies die unternehmerische Freiheit einschränkt.

Dieses Stimmungsbild der Unternehmen unterstreicht, dass die EU zu Recht handelt, weil andernfalls die industrielle Basis in Europa zu bröckeln droht. Um hierzulande zu ermitteln, wo genau „gesunde“ Firmen durch chinesische Wettbewerbsverzerrungen unter Druck geraten, braucht es ein kontinuierliches Monitoring der deutschen Industrie.

Die EU sollte sich bei ihrem Vorgehen nicht von China die Schuld zuschieben lassen – schließlich sind die groß angelegten chinesischen Subventionen eine Form des Protektionismus, den die EU lediglich auszugleichen sucht. Das ist nach den Regeln der Welthandelsorganisation erlaubt und somit kein Protektionismus, sondern lediglich der Versuch, fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

Um einen Handelskrieg zu verhindern, den China mit vielen willkürlichen Vergeltungsdrohungen anzuzetteln droht, kann die EU eine Verhandlungslösung anstreben. Sie sollte China in den anstehenden Verhandlungen drängen, sich auf freiwillige Mindestpreise einzulassen, die die gleiche Wirkung wie Ausgleichszölle haben.

Doch auch wenn am Ende faire Handelsregeln gelten, wird der Konkurrenzdruck aus China bestehen bleiben. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen generell zu stärken, ist hierzulande eine breit angelegte Reforminitiative erforderlich – beispielsweise durch Investitionen in die Infrastruktur, steuerliche Entlastungen und einen Abbau bürokratischer Regulierungen (siehe iwd 11/2024).

IW-Report 30/2024

Jürgen Matthes, Edgar Schmitz: Konkurrenzdruck aus China für deutsche Firmen – Ergebnisse einer Unternehmensumfrage
iwkoeln.de/konkurrenzdruck-china

Technietransfer an China: Unternehmen würden Einschränkungen mittragen

Die EU und die G-7-Staaten erwägen, den Transfer von sensiblem Know-how an China für den Fall zu unterbinden, dass das Land dadurch sein Militär schneller ertüchtigen könnte. Eine solche Unterbindung könnte die unternehmerische Freiheit deutlich einschränken.

So viel Prozent der deutschen Unternehmen halten die Unterbindung in diesem Fall für ...

■ ... gerechtfertigt ■ ... teilweise gerechtfertigt ■ ... nicht gerechtfertigt

Kategorie	... gerechtfertigt	... teilweise gerechtfertigt	... nicht gerechtfertigt
Insgesamt	61,0	25,2	4,2
Darunter:			
Unternehmen mit Wettbewerbern aus China	61,5	22,0	8,4
Darunter:			
Unternehmen, die den Konkurrenzdruck aus China als große Herausforderung sehen	52,4	24,9	6,0
Unternehmen des Produzierenden Gewerbes	61,8	24,6	2,3
Unternehmen, die kontinuierlich Forschung und Entwicklung betreiben	56,3	29,4	6,5

Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe

Befragung von 894 Unternehmen aus der Industrie und industrienahen Dienstleistungsbranchen im März/April 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft



Foto: IW Medien

Interview. Die Automobilindustrie ist von den Klimazielen und geopolitischen Entwicklungen besonders stark betroffen. Wie der Umbau zur Klimaneutralität gelingen kann und welche Auswirkungen Strafzölle auf chinesische E-Autos haben, erläutert **Arndt G. Kirchhoff**, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kirchhoff-Gruppe, einem weltweit agierenden Automobilzulieferer mit Sitz in Iserlohn.

„Durch Strafzölle wird alles teurer“

Eine stagnierende Wirtschaft, die Abkehr von der Globalisierung, gewaltige Kosten für den Umbau zur Klimaneutralität: Wie bewältigen Unternehmen in Deutschland all diese Herausforderungen?

Die größte Hürde ist, dass wir kein Wachstum haben. Wir kommen nicht vorwärts, wir treten auf der Stelle. Mit Nullwachstum ist es komplizierter, die Zukunft zu planen, schließlich muss man den Umbau zur Klimaneutralität ja finanzieren.

Hinzu kommt, dass wir schon seit Sommer 2018 keinerlei Produktivitätssteigerungen mehr verzeichnen. Damit fehlt uns das innere Wachstum, das Mittel freisetzt, um investieren zu können. Darüber hinaus haben wir die Frage der sonstigen wettbewerblichen Rahmenbedingungen: Das betrifft Steuern und Abgaben, den Zustand der Infrastruktur sowie all das, was außerdem noch neu gebaut werden muss. Kurz gesagt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nicht ideal, um in Deutschland in die Zukunft zu investieren.

Sie sind als Automobilzulieferer von diesen Problemen besonders tangiert ...

Nein, denn wir bewegen uns auf dem Weltmarkt. Und wenn Sie auf dem Weltmarkt agieren, lokalisieren Sie ihre Produkte, es wird also vor Ort produziert: in Südamerika, Nordamerika, Asien und natürlich auch in Europa. Wir entscheiden in jedem Einzelfall: Wo ist die Produktion aus Kundensicht und aus unserer Perspektive am besten aufgehoben? Und wenn wir feststellen: Das ist aber nicht gerade Deutschland, dann wird eben nicht hier investiert. Und Sie sehen das an allen Zahlen: Wir investieren nicht in Deutschland und das Ausland auch nicht.

Der BDI und auch das IW sprechen sich deshalb für milliardenschwere staatliche Investitionspakete in Deutschland aus, um etwa den Bildungssektor zu stärken und die Infrastruktur zu verbessern. Was halten Sie davon?

Wir müssen viel mehr Geld in die Bildung stecken, damit die Menschen in Deutschland – und damit meine ich sowohl junge als auch ältere Menschen – gewappnet sind, mit der Geschwindigkeit zurechtzukommen, in der sich die Welt verändert. Das Gleiche gilt für die Infrastruktur. Hier gibt es riesige Versäumnisse: Viele

Straßen, Brücken und Bahntrassen sind 60, 70 Jahre alt und müssen jetzt komplett neu gebaut werden, weil sie in der Vergangenheit nicht entsprechend gepflegt wurden. Hinzu kommt die neue Infrastruktur, die aufgrund der Digitalisierung und Dekarbonisierung benötigt wird. Ich finde es richtig, dafür einen Sonderhaushalt zu schaffen, der 400 bis 600 Milliarden Euro bereitstellt, um diese Investitionen zeitnah zu tätigen, denn wenn wir diese riesigen Aufgaben mit normalen Investitionsmitteln bewerkstelligen, dauert das Jahrzehnte – und diese Zeit haben wir nicht.

Was macht die Kirchhoff-Gruppe, um klimaneutral zu werden?

In Europa beziehen wir für alle Werke zu 100 Prozent grünen Strom. Und in Europa haben wir auch schon Stahlhersteller, die begonnen haben, grünen Stahl zu produzieren. An einem dieser Unternehmen in Skandinavien haben wir uns sogar beteiligt.

Wir stehen zu den Klimazielen, doch wenn Sie einen globalen Markt bedienen, dann sind Sie auch in

Regionen tätig, wo es täglich Stromabschaltungen gibt. Dort muss man seine Produktion danach ausrichten, ob es gerade Strom gibt oder nicht. In weiten Teilen Asiens und in vielen anderen Ländern brauche ich nicht davon zu träumen, die Transformation gestalten zu können – dort muss zunächst überhaupt die Stromversorgung gesichert sein.

Doch nicht nur die bei uns eingesetzte Energie ist möglichst nachhaltig, auch die Materialien. Unsere zugekauften Vorprodukte haben ein CO₂-Label, wo es möglich ist.

Wie viel Prozent Ihrer Produkte entfallen bereits auf klimaneutrale Mobilität?

Das ist schwer zu beantworten. Wir haben noch Produkte, die in reine Verbrenner gehen, insbesondere außerhalb Europas, weil dort E-Mobilität noch keine Alternative ist. In China, den USA und Europa haben wir hybride Modelle, wo wir nicht genau wissen, wie viele davon letztlich rein elektrisch zugelassen werden und welche mit Verbrennern. Und wir haben Produkte für reine E-Mobilität. Unsere Teile können zudem oft mehrfach verwendet werden: Eine Karosserie oder ein Fahrwerk ist unabhängig von der Art des Antriebs, auch wenn es gewisse Unterschiede gibt.

In Europa produzieren wir schätzungsweise 25 Prozent für reine E-Autos, 35 Prozent für hybride Modelle und 40 Prozent für Verbrenner. In den USA gehen 10 Prozent unserer Produkte in E-Autos und 90 Prozent in Verbrenner. Für unsere chinesischen Kunden machen wir 100 Prozent für E-Autos.

Schon vor der Europawahl wurde darüber spekuliert, dass die neue EU-Kommission das Verbrenner-Aus wieder zurücknimmt. Ist das eine gute Idee?

Ich halte das für unklug, weil so ein Hin und Her die Verbraucher total

verwirrt. Die Frage ist eigentlich eine ganz andere, nämlich die, wie wir klimaneutral Auto fahren. Das geht auch mit einem Verbrenner, indem man ihm CO₂-freien Kraftstoff gibt, der regenerativ erzeugt wurde. Dann fährt auch ein Otto- oder Dieselmotor klimaneutral. Das elektrische Fahren, das zurzeit in Europa praktiziert wird, ist nicht CO₂-frei, denn der dafür verwendete Strom ist zumeist nicht grün. Der Strom ist in Deutschland in guten Jahren zur Hälfte grün, in Europa insgesamt ist er nicht mal zur Hälfte grün. Wir haben weltweit 1,4 Milliarden Autos mit Verbrennermotoren, die werden nicht morgen weg sein. Wenn wir diese Autos mit regenerativen Kraftstoffen nutzen würden, hätte das den schnellsten und größten Umweltnutzen.

Wo soll dieser CO₂-freie Kraftstoff herkommen?

Die Mineralölindustrie wäre prädestiniert dafür, CO₂-freie Fischer-Tropsch-Kraftstoffe herzustellen, denn die haben die Flächen dafür und die kennen auch die Prozesse. Wenn die Branche aber keinen Markt dafür sieht, weil die Politik nicht entscheidet, dass die Mobilität auch in diese Richtung gehen darf, dann werden die Mineralölunternehmen auch nicht in diese Technologie investieren.

Ein weiterer Vorteil dieser CO₂-freien Kraftstoffe ist übrigens, dass sie an den vorhandenen Tankstellen getankt werden können, man braucht kein neues Stromnetz und keine neuen Ladestationen aufzubauen.

Die deutschen Verbraucher wünschen sich günstige E-Autos. Viele E-Autos aus China sind preisgünstig, doch weil man hier von Dumpingpreisen ausgeht, droht Brüssel Ausgleichszölle auf chinesische E-Autos an. Welche Konsequenzen hätte das für die EU?

Das ist insbesondere aus deutscher Sicht sehr schlecht, weil wir ein kleines Land sind und unser Wohlstand im Wesentlichen darauf beruht, dass wir mit anderen Ländern handeln. Wenn wir jetzt Handelsbarrieren unterstützen, verbauen wir im Grunde genommen den deutschen Weg des Wirtschaftens. Denn wenn wir in Europa Barrieren aufbauen, dann werden die Handelspartner das auch tun. Und am Ende wird das Produkt für die Verbraucher teurer.

Politiker in Berlin und Brüssel fordern die heimischen Unternehmen dazu auf, sich unabhängiger von China zu machen. Befolgt Ihr Unternehmen diesen Rat?

Na klar, das machen wir allerdings schon länger. Unser Unternehmen unterscheidet bei der Beurteilung von Risiken zwischen autokratischen und freien Staaten und immer dann, wenn wir morgen enteignet werden könnten, dann begrenzen wir unser Risiko. Zweitens achten wir beim Bezug unserer Vorprodukte darauf, dass die Materialien aus mindestens zwei Lieferquellen kommen, die überdies nicht auf einem Kontinent liegen sollen. Auch um den CO₂-Fußabdruck möglichst klein zu halten, ist es sinnvoll, die Lieferkette so zu organisieren, dass die Produkte möglichst kurze Transportwege haben. Lange Transportwege sind überdies bei Stahl, einem unserer wichtigsten Werkstoffe, auch gar nicht rentabel aufgrund des hohen Gewichts. Wir haben deshalb noch nie Stahl in den USA oder Asien eingekauft und in Europa verarbeitet.

Wie viel Prozent Ihrer Vorprodukte bezieht Ihre Unternehmensgruppe denn aktuell aus China?

Wir kaufen 60 Prozent unserer Werkzeuge, das sind die Teile, mit denen wir Stahl und Aluminium umformen, in China – das ist der



Foto: IW Medien

größte Posten. Vom Einkaufsvolumen her kaufen wir etwa 5 Prozent in China, unser Absatz in China beläuft sich auf 7 Prozent.

Seit Anfang 2023 gilt das deutsche Lieferkettengesetz. Wie hat sich dieses Gesetz bisher bei Ihnen ausgewirkt?

Als deutsches Unternehmen haben wir die Vorgaben in die Einkaufsrichtlinien eingearbeitet und an die Lieferanten weitergegeben. All unsere Lieferanten müssen diese Regelungen uns gegenüber erfüllen. Das Problem ist, dass das erstens

nicht alle können und zweitens nicht alle wollen. Unsere taiwanesischen Lieferanten beispielsweise unterschreiben uns die neuen Einkaufsrichtlinien nicht. Das gilt auch für unsere kanadischen Lieferanten, die die deutsche Datenschutzgesetzgebung nicht akzeptieren möchten.

Die Lieferkettenrichtlinie ist detailliert nach deutschen Standards formuliert, das findet man sonst nirgends auf der Welt. Die Regeln sind so übertrieben, dass, wenn man das wirklich ernst nimmt, keine Handelspartner mehr findet – außer

in Europa, wo man im gleichen Rechtsraum ist.

Wie ist denn der Fall mit Ihrem taiwanesischen Zulieferer ausgegangen?

Das ist jetzt zwei, drei Monate her, dass wir unsere überarbeiteten Richtlinien in unserer Lieferantenvelt verteilt haben. Das Problem in Taiwan ist nicht gelöst. Und das wird sich so auch nicht lösen, einer muss nachgeben: Entweder muss der Zulieferer in Taiwan die neuen Regeln akzeptieren oder wir müssen aufhören, von ihm Waren zu beziehen.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de · **In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.**



Zahl der Woche

16,9



Top-Liste: Populäre Pfade

Die Deutschen radeln gern – und nutzen das Rad auch für aktive (Kurz-) Urlaube: Im Jahr 2023 haben 3,6 Millionen Menschen in Deutschland eine Radreise mit mindestens drei Übernachtungen unternommen. Insgesamt haben die Deutschen 5,5 Millionen Radreisen absolviert. Die am stärksten befahrene deutsche Radroute war der 520 Kilometer lange Weser-Radweg vom Ursprung der Weser in Hannoversch Münden nach Cuxhaven. Auf Platz zwei landet der deutlich längere Elberadweg. Von dessen etwa 1.220 Kilometern verlaufen 840 durch Deutschland bis zur Mündung der Elbe in die Nordsee. Die drittbeliebteste Strecke war 2023 der Ostseeküstenradweg, der sich über 1.100 Kilometer von Flensburg bis zur Insel Usedom erstreckt. Eines haben alle besonders beliebten Radfernwege demnach gemeinsam: Sie verlaufen zu einem großen Teil an Gewässern entlang.

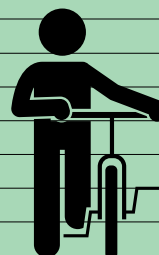
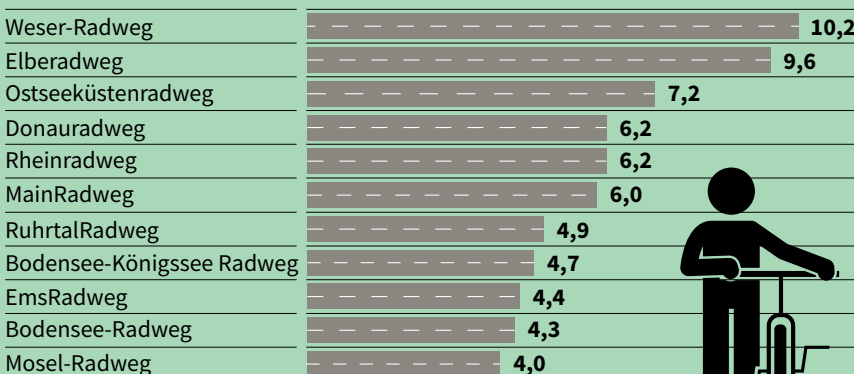
Millionen Hektar Ackerland nutzten EU-Bauern im Jahr 2022, um Biolebensmittel anzubauen. Die Fläche ist fast zweimal so groß wie Zypern oder mehr als 300-mal so groß wie der Bodensee. Im Vergleich zum Vorjahr hat sie um ziemlich genau eine Million Hektar – also 10.000 Quadratkilometer – zugelegt, wie Daten von Eurostat zeigen.

Binnen zehn Jahren ging es in Kroatien (plus 306 Prozent), Portugal (plus 278 Prozent) und Bulgarien (plus 182 Prozent) mit der Anbaufläche für Bioprodukte besonders steil bergauf. Den höchsten Anteil an allen landwirtschaftlichen Flächen im jeweiligen Land haben indes Österreich mit 27, Estland mit 23 und Schweden mit 20 Prozent.

In fünf EU-Staaten machte der Bioanbau 2022 noch weniger als 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche aus – in den Niederlanden, Polen, Irland, Bulgarien und Malta. Aber nur in einem Staat, nämlich in Polen, hat sich die entsprechende Anbaufläche von 2012 bis 2022 reduziert.

Die beliebtesten Radfernwege

So viel Prozent der Befragten unternahmen im Jahr 2023 eine mehrtägige Radreise auf diesen deutschen Radfernwegen



Befragt wurden 1.930 Personen, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

